

Die Entwicklung der Zivilgesellschaften in Zentralasien: Fragen, Herausforderungen und Perspektiven

Sadyrbek, Mahabat

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sadyrbek, M. (2024). Die Entwicklung der Zivilgesellschaften in Zentralasien: Fragen, Herausforderungen und Perspektiven. *Zentralasien-Analysen*, 161, 6-10. <https://doi.org/10.31205/ZA.161.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die Entwicklung der Zivilgesellschaften in Zentralasien

Fragen, Herausforderungen und Perspektiven

Von Mahabat Sadyrbek (Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle)

DOI: 10.31205/ZA.161.02

Zusammenfassung

Nelson Mandela hat die Zivilgesellschaft einmal als »das Gewissen der Nation« bezeichnet, um ihre herausragende Bedeutung für moderne politische Gemeinwesen zu unterstreichen. Die Zivilgesellschaft agiert als Schnittstelle zwischen Bürgern und Staat, indem sie politische Entscheidungen überwacht sowie soziale Anliegen identifiziert und öffentlich kommuniziert. Der Beitrag untersucht, inwieweit zentralasiatische Zivilgesellschaften angesichts einer anhaltenden Autokratisierung in der Region noch ihrer Rolle als »Gewissen« nachkommen können und inwieweit sie mit ihren Schutz-, Vermittlungs-, Sozialisierungs-, Kommunikations- und Integrationsfunktionen Einfluss auf soziale Veränderungen nehmen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen für zentralasiatische Zivilgesellschaften werden Hindernisse beleuchtet, welche die effektive Wirksamkeit von horizontaler bürgerlicher Organisation hemmen, und Möglichkeiten zur Unterstützung zentralasiatischer Zivilgesellschaften aufgezeigt.

Der Kontext zivilgesellschaftlicher Entwicklung in Zentralasien seit 1991

Die Geschichte zentralasiatischer Zivilgesellschaften seit 1991 ist geprägt von einer Reihe sozio-kultureller Transformationen, politischer Aushandlungsprozesse und wirtschaftlicher Faktoren. Mehr als 30 Jahre nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit verzeichnet der zentralasiatische Raum laut Freedom House den niedrigsten Gesamtgrad an bürgerlichen und politischen Freiheiten. Trotzdem befinden sich die Zivilgesellschaften von Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan aufgrund unterschiedlicher politischer Rahmenbedingungen für liberale Reformen seit den 1990er Jahren heute auf unterschiedlichen Entwicklungsstadien mit unterschiedlichen Entwicklungspotentialen. Die Vielfalt der zentralasiatischen Zivilgesellschaften und der Grad ihrer Entfaltungsmöglichkeiten spiegeln die Unterschiede zwischen den politisch-wirtschaftlichen Systemen und strukturellen Gegebenheiten unter den einzelnen Ländern der Region wider. Bei allen Staaten in Zentralasien handelt es sich um autoritäre Präsidialsysteme mit unterschiedlich ausgeprägtem Grad an personalisierter Herrschaft auf der Grundlage von Populismus, Neopatrimonialismus und Klientelismus. Ebenso facettenreich sind die wirtschaftlichen Systeme und Modelle in der Region: Während Turkmenistan weiterhin stark auf natürliche Ressourcen wie Erdgas setzt, bemühen sich Kasachstan und Usbekistan um Reformen zur Anziehung von Investitionen und wirtschaftlichen Öffnung und Diversifizierung. Kirgistan und Tadschikistan wiederum bleiben größtenteils von den Rücküberweisungen ihrer im Ausland arbeitenden Migranten abhängig. Trotz dieser allgemeinen Unterschiede weisen die einzelnen Zivilgesellschaften

Gemeinsamkeiten hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und Organisationsstrukturen auf, was sich auch an den ähnlichen Themen zeigt, an denen zivilgesellschaftliche Akteure in Zentralasien arbeiten.

Zusammensetzung und Strukturen der Zivilgesellschaften

Die Zivilgesellschaften der zentralasiatischen Länder sind geprägt von einem breiten Spektrum an involvierten Akteuren und Initiativen. Zu diesen gehören Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und Verbände, Gewerkschaften, Glaubens- und Interessensgemeinschaften sowie unabhängige und soziale Medien. Darüber hinaus tragen klassische *single-issue*-Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen und Verwandtschaftsgruppen zur Vielfalt und Dynamik der zentralasiatischen Zivilgesellschaften bei. Bildungseinrichtungen und akademische Institutionen spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Wissen und Kompetenzen, die zur Stärkung der Zivilgesellschaft beitragen. Einzelpersonen wie Journalisten, Blogger, Künstler und Influencer haben ebenfalls erheblichen Einfluss auf die Zivilgesellschaft, da sie durch ihre Arbeit die öffentliche Meinung beeinflussen und wichtige Themen in den Fokus rücken. Ihr Engagement und ihre kritische Stimme sind zentrale Bestandteile des zivilgesellschaftlichen Diskurses. Die internationale Gemeinschaft, internationale Organisationen und bilaterale Geber unterstützen Projekte und Programme, die auf den Ausbau der zivilgesellschaftlichen Kapazitäten abzielen. Dies geschieht durch finanzielle Unterstützung, Schulungen und die Entwicklung von Fähigkeiten, um die Wirksamkeit und Unabhängigkeit der zivilgesellschaftlichen Akteure in der Region zu fördern. Auch die zentralasiatischen Gemeinschaften im

Ausland sind ein wichtiger Bestandteil der Zivilgesellschaft. Sie leisten nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern sind auch in Krisenzeiten und Situationen politischer Veränderungen aktiv involviert, um Heimatprojekte und Bürgerinitiativen zu fördern.

Mechanismen, Ausdrucksformen und Instrumente

Die Mechanismen und Instrumente der Zivilgesellschaften in Zentralasien weisen einige bedeutsame Merkmale auf. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Nichtregierungsorganisationen sehen ihre Rolle darin, staatliche Schwachstellen aufzuzeigen oder auszugleichen. Dies geschieht durch verschiedene Mittel wie Bildung, Beratung, Aufklärung, Rechtshilfe, soziale Dienste und Lobbyarbeit. Ein weiterer bedeutsamer Aspekt sind friedliche Versammlungen und Demonstrationen, die als wichtige Werkzeuge dienen, um die Anliegen der Zivilgesellschaft auszudrücken und politischen Druck auszuüben. In einigen Ländern in Zentralasien sind diese Rechte jedoch eingeschränkt. Kirgistan ist für seine Tradition von sowohl friedlichen als auch nicht friedlichen Protesten bekannt, die für die drei revolutionären Machtwechsel seit der Unabhängigkeit eine zentrale Rolle gespielt haben. Manchmal gibt es auch konsultative Referenden und Volksabstimmungen, bei denen Bürger über wichtige Verfassungsänderungen abstimmen können, wie 2021 in Kirgistan und Kasachstan. Außerdem können Bürger gelegentlich Online-Petitionen einreichen, um spezifische Anliegen vorzubringen und den Dialog mit der Regierung zu suchen. In Usbekistan gibt es beispielsweise ein eigenes System für die Einreichung von Online-Petitionen über die offizielle Website des Präsidenten. Des Weiteren setzen fast alle Länder Beratungsgremien und Bürgerbeiräte ein, um die Zivilgesellschaft, zumindest formal, in politische Entscheidungen einzubeziehen. Beispiele hierfür sind die *Kurultai* in Kirgistan und Kasachstan. Soziale Medien spielen eine entscheidende Rolle für die Zivilgesellschaften, indem sie die Verbreitung von Informationen, Vernetzung und Bürgerjournalismus ermöglichen. Schließlich veranschaulichen Einzelaktionen wie die »Anti-Matraimow-Kampagne«, eine Initiative in Kirgistan zur Bekämpfung von Korruption im Zusammenhang mit dem ehemaligen stellvertretenden Leiter der Zollbehörde, Raimbek Matraimow, dass sie, besonders wenn sie in den sozialen Medien und in der Bevölkerung Unterstützung erfahren, zu größeren Bürgerbewegungen heranwachsen können.

Themen und Arbeit der Zivilgesellschaft

In der Region sind einige länderübergreifende Themen von herausragender Bedeutung für die Zivilgesellschaften. Hierzu gehören insbesondere die Förderung und

Verteidigung der Menschenrechte, inklusive der Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit. Dies beinhaltet auch die Überwachung von Menschenrechtsverletzungen und die Unterstützung von Opfern. Weitere Bemühungen umfassen die Stärkung demokratischer Institutionen, die Förderung freier und fairer Wahlen sowie den Kampf gegen Korruption. Zusätzlich konzentrieren sich die Zivilgesellschaften auf die Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und sozialer Ausgrenzung sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen und sozialen Gerechtigkeit. Gleichzeitig besteht ein dringender Bedarf, die Umwelt vor den negativen Auswirkungen von Bergbau, Landwirtschaft und Wasserverschmutzung zu schützen. Die Förderung von Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen stehen im Mittelpunkt zivilgesellschaftlicher Bemühungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region. Im Gesundheitswesen wird die Bereitstellung von Gesundheitsdiensten und der Kampf gegen Gesundheitsprobleme wie HIV/AIDS und Tuberkulose priorisiert. Ebenso ist der Zugang zu Bildung für alle Bevölkerungsgruppen und die Verbesserung des Bildungssystems ein essentielles zivilgesellschaftliches Anliegen. Auch setzen sich zivilgesellschaftliche Organisationen für die Rechte und das Wohlergehen von Migranten und Flüchtlingen angesichts der Migrationsströme innerhalb und aus der Region ein. Schließlich umfasst die Arbeit auch den Schutz und die Förderung der kulturellen Identität und Vielfalt, einschließlich des Schutzes von Minderheitengruppen. Dabei muss jedoch auch anerkannt werden, dass innerhalb der zivilgesellschaftlichen Landschaft durchaus konträre Zielstellungen existieren. Ein Beispiel hierfür ist die Organisation »Kyrk Choro«, die ebenfalls Teil der kirgisischen Zivilgesellschaft ist, im Gegensatz zu den zuvor beschriebenen Gruppen jedoch vor allem ethno-nationalistische Ziele verfolgt. Diese vielfältigen Perspektiven spiegeln die Herausforderungen und Chancen wider, mit denen die zentralasiatischen Zivilgesellschaften und ihre Bemühungen, positive Veränderungen in der Region herbeizuführen, konfrontiert sind.

Je nach Land und Kontext liegen unterschiedliche Schwerpunktthemen im Fokus. Während der Pandemie stand das Gesundheitswesen im Vordergrund, wobei die Zivilgesellschaften in Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan besonders aktiv waren. Sie erfassten Statistiken zu Krankheits- und Todesfällen, stellten mobile Rettungstationen bereit, bastelten aus einfachen Mitteln Beatmungsgeräte und leisteten umfangreiche Aufklärungsarbeit. Eine weitere große Herausforderung besteht in Umweltproblemen und den Auswirkungen des Klimawandels. Während der Wintermonate ist der Smog in Bischkek jährlich ein Schlüsselthema, bei dem die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle bei der Sensibilisierung für das Problem und die Förderung nachhal-

tiger Gegenmaßnahmen spielt. Wirtschaftliche Veränderungen aufgrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine haben das Thema Migration in den Fokus gerückt. Im Kontext des Krieges sind Fragen bezüglich kultureller Identität, »Dekolonisierung« und Sprachgebrauch zu zentralen Themen öffentlicher Debatten in Kirgistan und Kasachstan geworden.

Wechselbeziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaften

Die Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften und den einzelnen Staaten in Zentralasien sind von großer und meist spannungsvoller Komplexität geprägt. Dabei treten Herausforderungen zutage, die vor allem politische Freiheiten, die Meinungsfreiheit und den Handlungsspielraum von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) betreffen. Staatliche Intentionen zur Beschränkung des Aktionsraumes der regionalen Zivilgesellschaften folgen einem ähnlichen Muster wie in Russland und sollen auch in dem Fall politische Stabilität wahren, unabhängige Stimmen unterdrücken und potentielle Bedrohungen für die Regierung unter Kontrolle halten. Hierfür erhöhen die Behörden den administrativen und bürokratischen Druck auf NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen, indem sie Registrierungs- und Berichtspflichten verschärfen und Beschränkungen für ausländische Finanzierung einführen. Verschiedene Gesetzbücher, darunter Steuer-, Verwaltungs- und Strafgesetze, werden genutzt, um die Arbeit von NGOs zu erschweren. Repressalien beginnen oft mit willkürlichen und wiederholten Inspektionen durch staatliche Organe wie Steuerpolizei und die Sicherheitsdienste. Solche Schritte dienen als Warnung und Instrument der Einschüchterung und führen häufig zu tatsächlichen straf- und verwaltungsrechtlichen Verfahren gegen NGOs. Unabhängige Medien stehen unter staatlicher Kontrolle, praktizieren Selbstzensur, oder wurden bereits geschlossen. Gleichzeitig nimmt das Niveau der Desinformation und das Schüren von anti-westlichen Stimmungen in den staatlichen Medien zu. In diesem Zusammenhang werden zivilgesellschaftliche Aktivitäten je nach Kontext als »LGBT-Propaganda«, Werk von »ausländischen Agenten« oder »Einflussnahme Dritter« gebrandmarkt.

Schließlich erfolgt die gezielte und unverhältnismäßige Verfolgung von Einzelaktivisten, darunter Menschenrechtsverteidigern, Journalisten und Bloggern, sowie von ganzen Organisationen. In mehreren Fällen wurden strafrechtliche Verfahren gegen Personen eingeleitet, die ihre Meinung in sozialen Medien äußerten, friedliche Versammlungen abhielten oder über Korruption in der Regierung berichteten. In Kirgistan führte die Lösung der Grenzprobleme mit Usbekistan, insbesondere im Zusammenhang mit der Übergabe des Kampir-Abad-Reservoirs an das Nachbarland, 2022 unter

kirgisischen Zivilaktivisten und Anwohnern zu Unmut und lokalen Protesten hinsichtlich ökologischer und sozioökonomischer Auswirkungen. Die Reaktion der kirgisischen Behörden war hart und unverhältnismäßig. Eine große Anzahl Aktivisten, denen vorgeworfen wurde, eine Machtübernahme zu planen, wurde festgenommen und mit mehrmonatigen Gefängnisstrafen belegt. Außerdem wurden für vermeintliche »Verleumdung«, »Extremismus« und das »Schüren interethnischer Konflikte« hohe, nicht bezahlbare Geldstrafen über bekannte Aktivisten und NGOs verhängt.

Unterschiede, Besonderheiten und aktuelle Situation

Zweifelsohne gibt es innerhalb Zentralasiens große Unterschiede. So besitzen die Zivilgesellschaften in Kirgistan und Kasachstan mehr Entwicklungschancen als jene in Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan. Während in den erstgenannten Staaten ein gewisses Maß an politischer Liberalität zivilgesellschaftliches Engagement fördert, ist der öffentliche Raum für nicht-staatliche Aktivität in den letztgenannten Staaten stark beschränkt. Für Zentralasien hat Freedom House Kirgistan die höchste Bewertung und Turkmenistan die niedrigste Bewertung hinsichtlich der Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Aktivität zugesprochen. Tatsächlich zeigt sich die Zivilgesellschaft in Kirgistan lebendig, aktiv und anpassungsfähig. Dank der allgemeinen Vielfalt konnten erfolgreich Projekte und Initiativen umgesetzt werden, die das Leben der Menschen verbessert haben. Die Bewältigung von Krisensituationen ist inzwischen ohne die Beteiligung der Zivilgesellschaft undenkbar. Allerdings sehen sich unter der gegenwärtigen Regierung Publizisten und Aktivisten, wie kürzlich Oljobaj Schakir, die ihr Recht auf Meinungsfreiheit in Anspruch nehmen wollen, zunehmend mit Gefängnisstrafen, Geldstrafen und Einschüchterungen konfrontiert. Ähnliches passiert auch in der Medienlandschaft, z. B. als der Investigativjournalist Bolot Temirow im November 2022 nach Russland ausgewiesen wurde. Die Tätigkeit von Radio Azattyk, dem kirgisischen Dienst von Radio Free Europe/Radio Liberty, wird wiederholt behindert. Auch gab es Versuche zur Schließung des Investigativmediums »Kloop«, während »Tik-Tok« im August 2023 verboten wurde. Dennoch zeigen sich Aktivisten und Organisationen flexibel und passen sich schnell an neue Einschränkungen an, um weiter ihre Ziele zu verfolgen. Es gibt einige professionelle und effektiv arbeitende NGOs mit klaren Zielsetzungen, gesicherten finanziellen Ressourcen und nachhaltigem Management. Die Zivilgesellschaft in Kirgistan ist auf dem Weg hin zu einer stärkeren Betonung von zivilen Aspekten und einer Abkehr von traditionellen Organisationsmustern wie informellen Netzwerken aus Verwandtschaft, Patronage und Loyalität.

In Kasachstan operieren unabhängige NGOs unter zunehmender staatlicher Überwachung und Kontrolle und der Staat begrenzt aktiv das Ausmaß des zivilgesellschaftlichen Engagements. Politische Aktivisten und Organisationen sind oft Repressalien ausgesetzt. Im Jahr 2019 wurden Gesetzesänderungen eingeführt, welche die Registrierung von NGOs erschwerten und ihre Arbeit weiter behinderten. Kasachstan hat weiterhin strenge Gesetze zur Versammlungsfreiheit, die es der Zivilgesellschaft erschweren, friedliche Versammlungen abzuhalten, ohne rechtliche Konsequenzen zu fürchten.

In Usbekistan wurden unter Präsident Schawkat Mirsijojew Schritte unternommen, um das Umfeld für zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Land zu verbessern. Einige unabhängige NGOs konnten ihre Arbeit ausbauen und Dialogplattformen etablieren. Dennoch gibt es weiterhin Beschränkungen für die Meinungsfreiheit und die Unabhängigkeit von NGOs. Nach dem Vorfall in Andijon im Jahr 2005 wurde die Zivilgesellschaft praktisch aufgelöst, Vertreter wurden ins Gefängnis geschickt oder ins Exil verbannt. Trotz der Verbesserungen seit dem Amtsantritt von Mirsijojew unterliegt die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit weiterhin strengen gesetzlichen Einschränkungen und einige Dissidenten werden dauerhaft überwacht.

Die Zivilgesellschaft in Tadschikistan ist, trotz einiger anfänglicher fortschrittlicher Gesetze, wegen des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren schwach entwickelt und steht erheblichen Herausforderungen gegenüber. Die Versammlungsfreiheit ist stark eingeschränkt. Die Medien sind Ziel von Zensur und Selbstzensur und die letzte bedeutende Oppositionspartei wurde 2015 als terroristische Organisation eingestuft und verboten. Jüngere Gesetzesänderungen erschweren die Registrierung von NGOs.

In Turkmenistan befindet sich die Zivilgesellschaft im Embryonalstadium. Seit der Unabhängigkeit hat die Regierung keine unabhängigen NGOs oder politisches Engagement außerhalb ihrer eigenen Strukturen und Zielrichtungen gestattet. Kritische Stimmen und Aktivitäten sowie Raum für öffentlichen Diskurs gibt es soweit nur unter Exil-Turkmenen im Ausland. Kritisch eingestellte Bürger im Land stehen unter ständiger Beobachtung und riskieren massive Repressalien, wenn sie ihre Meinung äußern.

Diese Beispiele veranschaulichen die verschiedenen Herausforderungen, denen die Zivilgesellschaften in Zentralasien gegenüberstehen. Damit kann die Zivilgesellschaft in keinem der Länder entsprechende Schutz-, Vermittlungs-, Sozialisierungs-, Kommunikations- und Integrationsfunktionen vollständig wahrnehmen. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten zentralasiatischer Staaten orientieren sich oft am russischen Regierungsmodell und übernehmen dessen repressive Methoden um gegen zivilgesellschaftliche Dissidenten vorzugehen.

Bedarfe und Herausforderungen der Zivilgesellschaften

Die Zivilgesellschaften in den verschiedenen zentralasiatischen Ländern stehen vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die ihre Arbeit maßgeblich beeinflussen. In vielen Ländern Zentralasiens fehlt es an angemessener rechtlicher Fundierung und institutioneller Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen, was die Herausbildung eines förderlichen Umfeldes mit klaren Rahmenbedingungen behindert. Des Weiteren beeinträchtigen eingeschränkte Meinungsfreiheit und politische Beschränkungen die Arbeit der Zivilgesellschaft. Diese Faktoren können kritische Stimmen zum Verstummen bringen und die freie Entfaltung von Ideen und Aktivitäten behindern. In einigen Ländern sind NGOs in ihrer politischen Einflussnahme stark eingeschränkt, was die Integration gesellschaftlicher Anliegen in politische Prozesse erschwert. Ein weiteres Problem ist die finanzielle Unsicherheit, der viele NGOs ausgesetzt sind. Oft sind sie auf ausländische finanzielle Unterstützung angewiesen, was sie anfällig für politischen Druck macht und ihre Unabhängigkeit gefährden kann. Auch verfügen NGOs und Aktivisten häufig nur über begrenzte Ressourcen und Fachkenntnisse, was ihre Fähigkeiten zur Umsetzung langfristiger Veränderungen beeinträchtigen kann. Viele NGOs weisen keine modernen Managementstrukturen oder Instrumente zur strategischen Projektplanung auf. Das Finanzgebaren vieler NGOs ist intransparent, und die Verwendung von Mitteln ist nicht immer klar nachvollziehbar, weshalb sie manchmal als »Zuwendungseßer« (*грантоеды*) bezeichnet werden. Veruntreuung und Unterschlagung von Geldern durch NGOs sind keine Seltenheit. Wie internationale Akteure manchmal feststellen, erinnern zivilgesellschaftliche Organisationen in Zentralasien gelegentlich an Familienunternehmen, die stark durch ausländische Unterstützung subventioniert werden. Ein weiterer bedeutender Aspekt betrifft den Mangel an Bildung und Bewusstseinsbildung, der die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten behindern kann und verstärkte Aufklärung und Sensibilisierung erfordert. Vor allem Kirgistan und Tadschikistan weisen einen besorgniserregenden Abfall des allgemeinen Bildungsniveaus auf. Diese Tendenz wird durch die Abwanderung von qualifiziertem Personal und eine zunehmende Islamisierung weiter verstärkt. Doch trotz all dieser Herausforderungen zeigt sich in Zentralasien ein starker Wille zu Veränderung und sozialem Engagement. Viele Akteure der Zivilgesellschaft setzen sich unermüdlich für positive Veränderungen ein und suchen nach Wegen, die Rahmenbedingungen für ihre Arbeit zu optimieren. Für internationale Akteure ist es daher von essentieller Bedeutung, diese Bemühungen zu unterstützen, um die nachhaltige Entwicklung der Region zu fördern.

Unterstützungsmöglichkeiten zur Entfaltung von Chancen und Potentialen

Die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft ist von entscheidender Bedeutung für die zukünftige politische Ausgestaltung der zentralasiatischen Regime. In der Region eröffnen sich eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Unterstützung und Förderung von Aktivist*innen. Diese Ansätze umfassen Maßnahmen und Bereiche wie rechtliche und institutionelle Unterstützung, Kapazitätsaufbau, finanzielle und politische Unterstützung, Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen, Förderung der Medienfreiheit, Umweltschutz und die Förderung erneuerbarer Energien, Verbesserung der Gesundheitsversorgung, Bildung und Bewusstseinsbildung, Förderung von Start-Ups und Digitalisierung, unabhängige Medien, Internetzugang, Online-Bildung und Netzwerke sowie die Unterstützung von Migrantenorganisationen. Politische Unterstützung kann dazu beitragen, politischen Druck auszuüben, um Reformen in diesen Bereichen voranzutreiben. Die Sicherheit von Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und Aktivist*innen in Zentralasien kann gestärkt werden, indem ihnen internationale Unterstützung bei der Sicherung ihrer Arbeit und ihres persönlichen Wohlbefindens geboten wird. Umweltschutz und die Förderung erneuerbarer Energien sind von großer Bedeutung, um negative Umweltauswirkungen zu reduzieren. In diesem Zusammenhang können Programme zur Erhaltung natürlicher Ressourcen unterstützt werden. Die Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Zentralasien kann durch Schulungen für Gesundheitsfachkräfte, erleichterten Zugang zu medizinischer Versorgung und die Stärkung der Gesundheitsinfrastruktur vorangetrieben werden.

Über die Autorin:

Dr. *Mahabat Sadyrbek* absolvierte Studiengänge in Politik-, Sprach- und Rechtswissenschaften in Bischkek und Hannover. Darüber hinaus erwarb sie einen Abschluss in European Studies in Brüssel. Ihre Promotion in Rechtsanthropologie mit dem Thema »Rechtspluralismus in Zentralasien« schloss sie an der Humboldt-Universität zu Berlin ab. Seit 2017 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung »Recht und Ethnologie« am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle an der Saale tätig, wo sie noch in einer assoziierten Funktion tätig ist. Ihre E-Mail-Adresse lautet: mahabat_s@yahoo.de.

Lesetipps:

- Freedom House: Nations in Transit 2023 (https://freedomhouse.org/sites/default/files/2023-05/NIT_2023_Digital.pdf)
- Umida Niyazova: Mirsijojew braucht die Zivilgesellschaft, wenn er wirklich liberale Reformen umsetzen will. In: Zentralasien-Analysen 159 vom 18.07.2023 (<https://www.laender-analysen.de/zentralasien-analysen/159/mirsijojew-braucht-die-zivilgesellschaft-wenn-er-wirklich-liberale-reformen-umsetzen-will/>)
- Mahabat Sadyrbek: Präsidentschaftswahl und Referendum über die Regierungsform in Kirgistan. Zwei Schritte zurück im kirgisischen »Demokratie-Experiment«? In: Zentralasien-Analysen 145 vom 29.01.2021 (<https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/145/praesidentschaftswahl-und-referendum-in-kirgistan-zwei-schritte-zurueck-im-kirgisischen-demokratie-experiment/>)
- Marie-Carin von Gumpfenberg: Zivilgesellschaft in Zentralasien. In: Osteuropa 52. Jg., 11/2002, S. 1456–1472 (<https://www.jstor.org/stable/44922053>)

Bildungsprogramme können das Bewusstsein für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Demokratie in der Gesellschaft stärken und so positive Veränderungen herbeiführen. Die Förderung von Start-Ups und Digitalisierung kann zur wirtschaftlichen Diversifizierung beitragen und den Zugang zu digitalen Diensten verbessern sowie den Ausbau der IT-Infrastruktur unterstützen.

Migrantenorganisationen in Zentralasien können gestärkt werden, um die Belange der Diaspora-Gemeinschaften zu vertreten und die Integration von Migranten in Deutschland und Europa zu erleichtern. Dies kann zum interkulturellen Dialog und Austausch beitragen. Die Unterstützung unabhängiger Medien in Zentralasien ist entscheidend, um die Pressefreiheit zu fördern und kritische Berichterstattung zu ermöglichen. Der Einsatz für flächendeckenden Internetzugang ist sehr wichtig, um die breitere Bevölkerung in Zentralasien mit Online-Ressourcen zu versorgen. Online-Bildung kann den Zugang zu Bildungsmöglichkeiten in entlegenen Gebieten erleichtern. Die Schaffung von Netzwerken, insbesondere im Bildungsbereich, kann den Austausch von Wissen und Ressourcen fördern. Die Stärkung der Zivilgesellschaft in einem Land kann positive Auswirkungen auf die gesamte Region haben (*Spillover-Effekt*), indem sie erfolgreiche Modelle und bewährte Verfahren fördert und den Druck auf Regierungen erhöht, Menschenrechte zu respektieren und demokratische Reformen voranzutreiben. Dabei ist ein langfristiger, koordinierter und partnerschaftlicher Ansatz entscheidend, welcher die spezifischen Bedürfnisse und Kontexte in den Ländern der Region berücksichtigt, um so die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und sozialer Entwicklung in Zentralasien zu unterstützen.